

Herr Präsident, Frau Regierungsrätin, Herren Regierungsräte, geschätzte Anwesende,

Ich stelle ihnen hier im Namen der GLP – Fraktion unter Punkt 1 der Hauptanträge folgenden Antrag;

Für das Budget 2018 soll eine durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 1,0 Prozent festgelegt werden.

Zur Begründung;

Die GLP Fraktion hat sich schon in der Budgetdebatte 2017 für eine Lohnerhöhung ausgesprochen. Dies weil wir damals im Budget 2016 beschlossen haben, dem Personal eine Lohnerhöhung von 0,5% der Bruttolohnsumme auf den 1. Januar 2017 zu gewähren. Wir haben diese Lohnerhöhung damals nicht in Aussicht gestellt, sondern versprochen. Wir haben, wie sie alle wissen, nicht Wort gehalten und sogar eine Nullrunde beschlossen. Nun, heute ein Jahr später, haben wir die Möglichkeit, dieses Versprechen, wenn auch nachträglich, so doch einzulösen. Wir stehen also in der Pflicht. Insbesondere für Mitarbeitende am unteren Ende der Lohnkurve ist diese Anpassung nötig um negativen Auswirkungen entgegen zu wirken. Die steigende Gefahr der Austritte nimmt ansonsten weiter zu. Dies jedoch können wir uns schlicht weg nicht leisten. Wir haben bereits heute die wohl schlankeste Verwaltung aller Kantone der Schweiz. Sie und auch die Lehrerschaft leisten viel und es reicht nicht, wenn man ihnen immer wieder vorgaukelt, dass es wichtigeres wie zum Beispiel ein gutes Umfeld gäbe, als „nur“ einzig der Lohn. Eben gerade dieses Umfeld hat sich rasant verändert und kann nicht mehr einfach mit „früher“ verglichen werden. Gutes und motiviertes Personal bleibt nicht wegen den Sternen in unserem Wappen im Kanton. Auch der Lohn muss dabei stimmen und gerade da haben wir Nachholbedarf. Es stimmt mich dabei schon nachdenklich, dass wir heute denen die unser Geld verwalten mehr bezahlen als jenen, denen wir unsere Kinder anvertrauen. Wir als GLP Fraktion unterstützen daher den regierungsrätlichen Vorschlag und stellen ihnen den Antrag im Budget 2018 die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 1,0 % festzulegen. Für ihre diesbezügliche Unterstützung bedanken wir uns.

In der Schlussabstimmung unterlag der Antrag mit 76:51 Stimmen zu „Gunsten“ von 0,5%.